



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

FAKULTÄT
FÜR WIRTSCHAFTS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN

Hamburg-BUS 2016

Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg

Kamil Marcinkiewicz

Sascha Peter

Kai-Uwe Schnapp

Grundgesamtheit	Hamburger Wohnbevölkerung ab 16 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl von Festnetznummern nach dem Gabler-Häder-Design (Häder/Gabler 1998)
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1004
Ausschöpfungsrate	29,1 %
Erhebungszeitraum	8. September bis 17. November 2016
Erhebungsinstitut	Forschungslabor der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg
Autoren	<p>Dr. Kamil Marcinkiewicz +49-(0)40-42838-6186 kamil.marcinkiewicz@wiso.uni-hamburg.de</p> <p>Dr. Sascha Peter +49-(0)40-42838-8704 sascha.peter@wiso.uni-hamburg.de</p> <p>Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp +49-(0)40-42838-5964 kai-uwe.schnapp@wiso.uni-hamburg.de</p>
Wissenschaftliche Leitung	<p>Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp +49-(0)40-42838-5964 kai-uwe.schnapp@wiso.uni-hamburg.de</p>
Feldleitung	<p>Olaf Bock +49-(0)40-23952-3759 olaf.bock@wiso.uni-hamburg.de</p>

Technische Anmerkungen

1. Mobilfunknummern können nach derzeitigem Stand der Technik nicht bei regional begrenzten Telefonstichproben berücksichtigt werden. Somit bleiben Personen, die zur Grundgesamtheit gehören und ausschließlich mobil erreichbar sind, unberücksichtigt. Im 4. Quartal 2011 lag der Anteil der sog. Mobile-onlys deutschlandweit bei 12,4 % (ADM 2012). Mobile-onlys unterscheiden sich systematisch von der übrigen Bevölkerung (Hüfken 2014). Somit muss davon ausgegangen werden, dass die Nichtberücksichtigung von Mobilfunknummern zu Verzerrungen führt.
2. Die Auswertung der Studie erfolgt gewichtet. Designbedingte Unterschiede (Zahl der Festnetzrufnummern für Telefongespräche im Haushalt, Anzahl der Zielpersonen im Haushalt) in den Auswahlwahrscheinlichkeiten werden korrigiert.

Inhalt

1	Auf einen Blick.....	4
2	Sonntagsfrage.....	4
3	Wählermobilität.....	7
4	Wichtigste Probleme der Hansestadt.....	9
5	Zufriedenheit mit den Hamburger Parteispitzen.....	10
5.1	Zufriedenheit mit Olaf Scholz nach langfristiger Parteineigung.....	11
5.2	Zufriedenheit mit André Trepoll nach langfristiger Parteineigung.....	13
5.3	Eigenschaftsprofile der Hamburger Parteispitzen.....	14
6	Einstellungen zu Flüchtlingsunterkünften in der Hamburger Bevölkerung.....	16
7	Nationalistische und rechtsextreme Einstellungen in der Wählerschaft der AfD im Vergleich zu anderen Parteien.....	17
8	Einstellungen zur Rolle der Parteien im politischen Prozess.....	19
9	Ansichten der Befragten über eigene Handlungspotentiale im politischen Prozess.....	26
10	Soziodemografische Variablen.....	32
11	Literatur.....	33

1 Auf einen Blick

Hamburg-BUS 2016

Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg

...zur Sonntagsfrage, Zufriedenheit mit und Eigenschaften der Spitzenkandidaten, Wahlwanderung, Profil der Wählerschaft der AfD

- SPD weiterhin klare Wahlsiegerin
- Die Parteipräferenzen der Hamburgerinnen und Hamburger bleiben im Vergleich mit der Bürgerschaftswahl 2015 weitgehend stabil
- Die Zufriedenheit mit der Arbeit von Olaf Scholz geht über sein eigenes politisches Lager hinaus
- Olaf Scholz wird als kompetent, führungsstark und hanseatisch wahrgenommen
- Knapp ein Viertel der befragten Hamburger lehnt Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nachbarschaft so stark ab, dass sie über deren Einrichtung wütend werden
- Die Wählerschaft der AfD unterscheidet sich von der Wählerschaft anderer Parteien durch substantiell höhere Zustimmung für fremdenfeindliche und nationalistische Aussagen

2 Sonntagsfrage

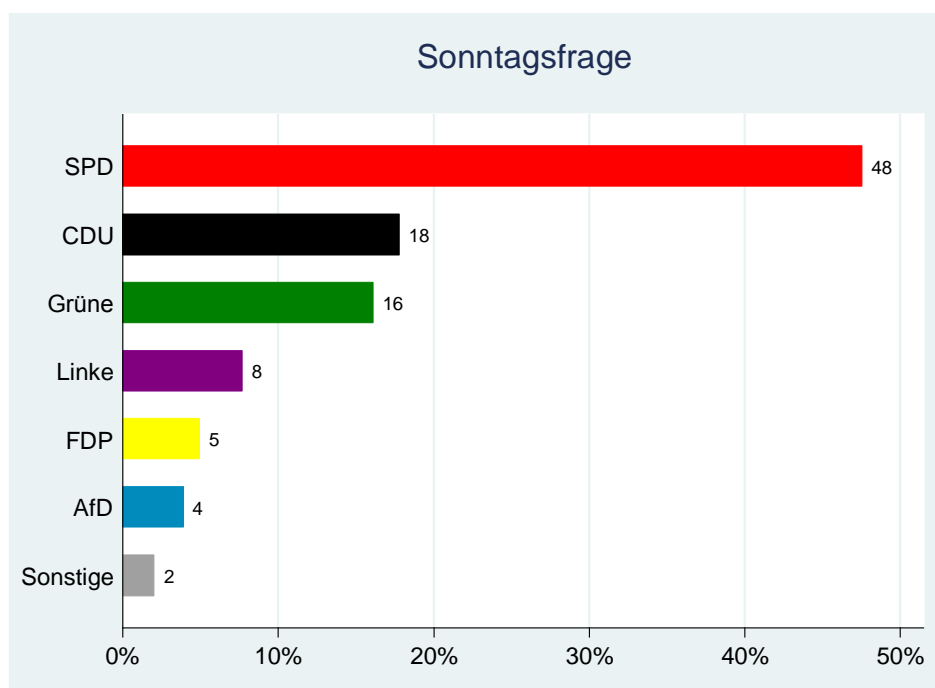
Die Ergebnisse des Hamburg-BUS Herbst 2016 zeigen die stabil hohe Zustimmung für die SPD. Die Partei des Ersten Bürgermeisters würde im Moment bei einer Wahl mit 48 % der Stimmen die absolute Mehrheit nur knapp verfehlen (vgl. Abbildung 1). Die CDU wäre mit 18 % die zweitstärkste Partei vor den Grünen, die von 16 % der Wählerinnen und Wähler unterstützt werden. In der Bürgerschaft wäre weiterhin die Linke (8 %) vertreten. FDP und AfD könnten zurzeit an der 5%-Hürde scheitern. Berücksichtigt man die Vorhersagefehler¹, dann liegt das

¹ Die im Text genannten Prozentwerte sind Schätzwerte für die Gesamtbevölkerung der Stadt, auf der Basis der erhobenen Stichprobe. Diese Werte können nicht als genaue Werte interpretiert werden, sondern müssen als Vorhersagebereiche verstanden werden. Der tatsächliche Wert für alle Hamburgerinnen und Hamburger liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % in einem bestimmten Bereich, dem sogenannten Vertrauensintervall, um den hier jeweils berichteten Wert. Die Breite dieses Intervalls ist abhängig von der Anzahl der Befragten und dem jeweiligen Prozentwert. Für die hier befragten 1004 Personen sind das folgende Intervalle:
berichteter Wert 50 %: Abweichung rund $\pm 3,1$ %. Der wahre Wert liegt also mit einer Wahrscheinlichkeit

erwartete Wahlergebnis der FDP zwischen 3 und 7 %, das der AfD zwischen 2 und knapp über 5 %.

Die Umfragewerte können als ein Ausdruck der Zufriedenheit der meisten Hamburgerinnen und Hamburger mit dem Senat des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz interpretiert werden. Im Vergleich mit dem Ausgang der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 beobachten wir keine wesentliche Veränderung bezüglich der deklarierten Unterstützung für die SPD. Das bei der letzten Bürgerschaftswahl erzielte Wahlergebnis der Sozialdemokraten (45,6 %) liegt innerhalb des für die Sonntagsfrage ermittelten Fehlerintervalls. Das gleiche gilt auch für die CDU und für die Linke, für die bei der Bürgerschaftswahl 2015 jeweils 15,9 % und 8,5 % der Stimmen abgegeben wurden. Im Falle der FDP (Bürgerschaftswahl 2015: 7,4 %) und der AfD (Bürgerschaftswahl 2015: 6,1 %) beobachten wir eine geringfügige Verschlechterung während das Umfrageergebnis der Grünen, auch nach der Berücksichtigung des Fehlerintervalls, über ihrem Wahlergebnis von (12,3 %) liegt.

Abbildung 1 Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl wäre?



lichkeit von 95 % zwischen 46,9 und 53,1 %,
berichteter Wert 25 %: Abweichung rund $\pm 2,7$ %,
berichteter Wert 10 %: Abweichung rund $\pm 1,9$ %,
berichteter Wert 5 %: Abweichung rund $\pm 1,3$ %.

Tabelle 1 Sonntagsfrage mit der Unter- und Obergrenze der 95 %-Fehlerintervalle

Partei	Prognose (%)	Intervall (%)	
SPD	47,5	43,4	51,7
CDU	17,8	14,5	21,1
Grüne	16,1	13,0	19,2
Linke	7,7	5,6	9,8
FDP	4,9	3,2	6,7
AfD	3,9	2,3	5,4
Sonstige	2,0	0,9	3,2

Frage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl in Hamburg wäre?“

Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach ihren langfristigen Parteineigungen (vgl. Tabelle 2), so wird deutlich, dass 31 % des gesamten Hamburger Elektorats sich mit der SPD identifiziert. Etwa 17 % der Befragten sind Sympathisanten der CDU und 12 % der Grünen. Über die viertgrößte Gruppe dauerhafter Unterstützerinnen und Unterstützer verfügt die Linke (4 %). Etwa 3 % der Wählerschaft fühlt sich langfristig mit der FDP verbunden und lediglich 1 % mit der AfD. Etwa 30 % der Befragten weisen keine Parteiidentifikation auf.

Tabelle 2 Parteineigung mit der Untergrenze und der Obergrenze der 95 %-Fehlerintervalle

Partei	Anteil (%)	Intervall (%)	
SPD	31	27	34
CDU	17	14	20
Grüne	12	10	15
Linke	4	3	6
FDP	3	2	4
AfD	1	1	2
Andere	1	1	3
Keine	30	27	34

Frage: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“

Die bis hier berichteten Ergebnisse sind insbesondere mit Blick auf die AfD vorsichtig zu interpretieren. Frühere Wahlumfragen in Deutschland haben gezeigt, dass der Wähleranteil der AfD in Umfragen regelmäßig unterschätzt wird. Ähnliche Effekte waren in diesem Jahr bei der Vorhersage des Ergebnisses des Referendums über den Brexit zu erleben wie auch bei den Prognosen des Wahlausganges in den USA. Dies liegt unter anderem daran, dass manche Verhaltensweisen sozial als weniger akzeptiert gelten als andere und in Umfragen zumindest von einigen Befragten die Antworten gegeben werden, die sie für sozial erwünscht halten (Tourangeau/Yan 2007). Dieser Effekt sorgt auch dafür, dass nicht alle Personen, die die AfD wählen, dies in einer Umfrage mitteilen. Hinzu kommt, dass Wählerinnen und Wähler der AfD mit dem großen Abstand, den sie gegenüber dem politischen und medialen „Establishment“ wahrnehmen, seltener an Umfragen teilnehmen, als Wähler anderer Parteien. Beide Effekte führen zu einer Unterschätzung des Wählerpotenzials der AfD in Umfragen. Um zumindest den ersten Effekt der sozialen Erwünschtheit besser zu kontrollieren, berichten wir weiter unten über inhaltliche Fragen, mit denen wir versuchen das Wählerpotenzial der AfD genauer zu bestimmen.

3 Wählermobilität

Neben der Frage nach der Wahlabsicht und nach der langfristigen Parteineigung haben wir die Bürgerinnen und Bürger gebeten, uns mitzuteilen, für welche Partei sie sich bei der letzten Bürgerschaftswahl im Jahre 2015 entschieden hatten. Diese Angaben haben wir mit der aktuellen Wahlabsicht verglichen, um so Muster potenzieller Wählermobilität erkennen zu können.

Linke und AfD fallen als die Parteien auf, die sich am meisten auf die Treue ihrer Wählerinnen und Wähler verlassen können (vgl. Tabelle 3). Etwa 89 % der Befragten, die angegeben haben bei der Bürgerschaftswahl 2015 für die Linke abgestimmt zu haben und 88 % der ehemaligen AfD-Wähler sind bereit, auch heute für die gleiche Partei ihre Stimmen abzugeben. Auch die SPD und die Grünen verfügen über loyale Wählerschaften. Von den Befragten, die laut eigener Angabe 2015 für die SPD ihre Stimmen abgegeben hatten, würden 84 % das heute wieder tun. Für die Grünen liegt dieser Wert bei 82 %.

Die Wählerschaft von CDU und FDP scheint dagegen volatiler zu sein (vgl. ebenfalls Tabelle 3). Die Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass diese beiden Parteien in deutlicher Konkur-

renz zueinander stehen. Von den Befragten, die 2015 für die CDU abgestimmt hatten, würden lediglich 70 % wieder die Partei von André Trepoll unterstützen. Etwa 16 % der CDU-Wähler aus dem Jahre 2015 möchten bei der nächsten Bürgerschaftswahl ihre Stimme für die FDP abgeben, 9 % ist bereit, die SPD zu unterstützen, 2 % die Grünen, 2 % die Linke und 1 % die AfD. Die FDP könnte gegenwärtig 72 % der ehemaligen Wählerinnen und Wähler halten, während 14 % diesmal ihre Stimme für die CDU abgeben würden.

Im Falle der AfD ist mit einem geringen Verlust der Wählerschaft zugunsten der CDU zu rechnen. Von den Befragten, die 2015 AfD gewählt hatten, weisen 9 % eine Präferenz für die CDU bei der Sonntagsfrage auf. Von allen Parteien, die in der Bürgerschaft vertreten sind, könnte wiederum die AfD den größten Anteil der ehemaligen SPD-Unterstützerinnen und Unterstützer (3 %) für sich überzeugen.

Tabelle 3 Wählermobilität zwischen der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 und dem Herbst 2016

Wahlentscheidung in % (Vergleich 2015/2016)	aktuelle Sonntagsfrage							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	And.	Ges.
Wahlentscheidung 2015								
2015 für CDU	70	9	2	16	2	1	0	100
2015 für SPD	6	84	4	1	2	3	0	100
2015 für Grüne	1	9	82	0	6	1	1	100
2015 für FDP	14	1	0	72	4	1	0	100
2015 für Linke	0	11	1	0	89	0	0	100
2015 für AfD	9	0	0	0	0	88	2	100

Frage nach der Wahl 2015: „Welche Partei haben Sie bei der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg im Jahr 2015 gewählt?“

Sonntagsfrage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl in Hamburg wäre?“

Lesebeispiel für die „Zeile 2015 für die CDU“ und die Spalte „aktuelle Wahlentscheidung für die CDU“: 70 % der Personen, die angegeben haben, im Jahre 2015 die CDU zu wählen, würden das im Moment wieder tun.

Wir müssen an dieser Stelle auf die Diskrepanz zwischen den Angaben zur Wahlentscheidung 2015 und dem tatsächlichen Wahlergebnis hinweisen (Vgl. Tabelle 4). Die oben aufgeführte Tabelle macht deutlich, dass wir es insbesondere im Falle der SPD mit dem so genannten „Bandwagon-Effekt“ zu tun haben (Colman 2003: 77). So wird die Tendenz bezeichnet, sich nach einer Wahl mit dem Wahlsieger zu identifizieren. Dies führt regelmäßig dazu, dass in der

Erinnerung mehr Personen für den oder die Wahlsieger gestimmt haben, als das tatsächlich der Fall gewesen ist. Dieser Effekt fällt sowohl für die SPD wie auch für die Grünen auf. Für die SPD beträgt die Differenz zwischen dem tatsächlichen Wahlergebnis und der Rückerinnerungsfrage ca. 5 Prozentpunkte, für die Grünen sind es 4. Auch bei der CDU gibt es eine positive Verzerrung der Rückerinnerung, während sich bei Linken, FDP und AfD weniger Personen erinnern, diese Parteien gewählt zu haben, als das tatsächlich der Fall war.

Tabelle 4 Vergleich offizielles Wahlergebnis 2015, Rückerinnerung eigene Wahlentscheidung und aktuelle Wahlentscheidung

Partei	Wahlergebnis 2015 (%)	Rückerinnerung eigene Entscheidung 2015 (%)	aktuelle Wahlentscheidung (Sonntagsfrage) (%)
SPD	46	51	48
CDU	16	20	18
Grüne	12	16	16
Linke	9	6	8
FDP	7	3	5
AfD	6	2	4
Andere	4	2	2

Frage nach der Wahl 2015: „Welche Partei haben Sie bei der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg im Jahr 2015 gewählt?“

Sonntagsfrage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl in Hamburg wäre?“

4 Wichtigste Probleme der Hansestadt

Welche Probleme sind den Bürgerinnen und Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg im Moment am wichtigsten? In einer offenen Frage benannten 29 % der Befragten den Themenkomplex Flüchtlinge, Asylsuchende und Zuwanderung als wichtigstes Problem (vgl. Tabelle 5). Von 23 % der Befragten wurden Probleme des Verkehrs und der Infrastruktur als wichtigstes Problem benannt. Dem folgen auf Platz 3 die Wohnraumsituation (15 % der Befragten) und auf Platz 4 soziale Probleme (9 %). Ein Thema, das die Stadt vor wenigen Jahren noch stark bewegte, die Elbvertiefung, wird nur noch von 2 % der Befragten als wichtigstes Problem wahrgenommen. Kriminalität und Sicherheit werden ebenfalls nur von 2 % der Befragten als wichtigstes Problem genannt. Die Elbphilharmonie, wie die Elbvertiefung ein ehemaliges „Aufregerthema“, taucht gar nicht mehr als Problem auf.

Tabelle 5 Wichtigste Probleme der Freien und Hansestadt Hamburg

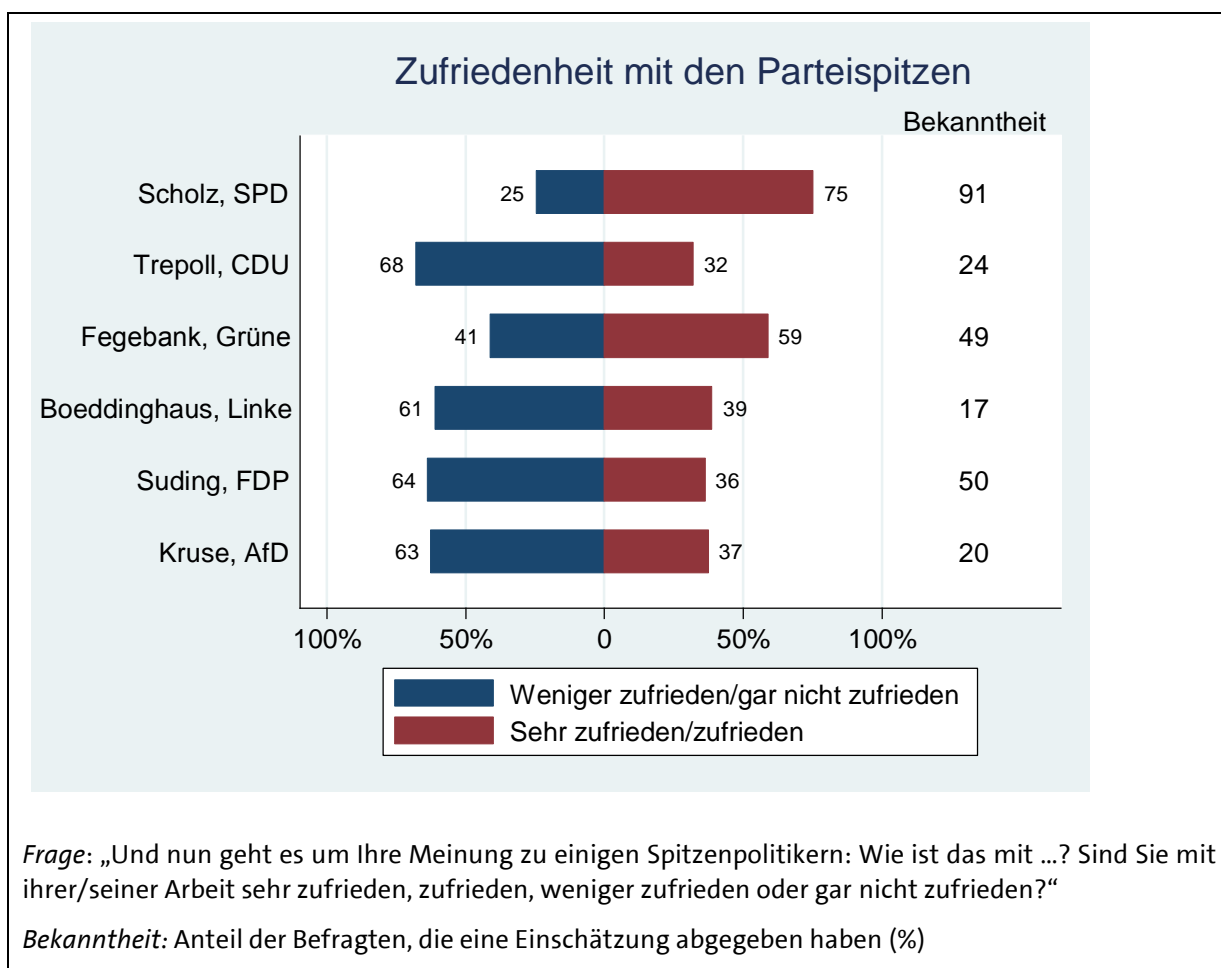
Wichtigstes Problem	Anteil (%)
1. Flüchtlinge/Asylsuchende/Zuwanderung/Migration	29
2. Verkehr und Infrastruktur	23
3. Wohnraum	15
4. Soziale Probleme	9
5. Haushalt	6
6. Erziehung und Bildung	5
7. Politik	3
8. Umwelt	2
9. Elbvertiefung	2
10. Kriminalität/Sicherheit	2
11. Andere	3
12. Keine Probleme	1

Frage: „Was glauben Sie, ist das wichtigste Problem, das Hamburg gegenwärtig hat?“

5 Zufriedenheit mit den Hamburger Parteispitzen

Fragt man die Hamburgerinnen und Hamburger wie zufrieden sie mit der politischen Arbeit der Hamburger Parteispitzen sind, belegt der Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) unangefochten den Spitzenplatz auf der Zufriedenheitsskala. 75 % der Befragten sind mit seiner politischen Arbeit zufrieden bis sehr zufrieden (vgl. Abbildung 2). Auf dem zweiten Platz folgt die Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne). Knapp 59 % sind mit ihrer Arbeit zufrieden bis sehr zufrieden. Bei der Bewertung der Oppositionsparteispitzen überwiegt die Unzufriedenheit. Am unteren Ende der Zufriedenheitsskala befindet sich Oppositionsführer André Trepoll (CDU). 68 % der Befragten sind mit der politischen Arbeit von André Trepoll weniger zufrieden bis gar nicht zufrieden. Die Unzufriedenheit überwiegt mit 64 % auch bei Katja Suding (FDP), mit 63 % bei Jörn Kruse (AfD) und mit 61 % bei Sabine Boeddinghaus (Linke).

Abbildung 2 Zufriedenheit mit den Hamburger Parteispitzen



Bei der Interpretation dieser und der folgenden Informationen ist der unterschiedliche Bekanntheitsgrad der Politiker und Politikerinnen zu berücksichtigen. Während neun von zehn Befragten (91 %) den ersten Bürgermeister Olaf Scholz kennen, ist die zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Katharina Fegebank nur noch der Hälfte der Befragten (49 %) bekannt. Auch Katja Suding, die Fraktionsvorsitzende der FDP wird von der Hälfte der Befragten gekannt. André Trepoll, der Oppositionsführer und Fraktionschef der CDU, ist dagegen nur für ein Viertel der Befragten (24 %) ein bekannter Name. Noch weniger bekannt ist Jörn Kruse, Fraktionsvorsitzender der AfD in der Bürgerschaft (20 %) und die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Sabine Boeddinghaus (17 %).

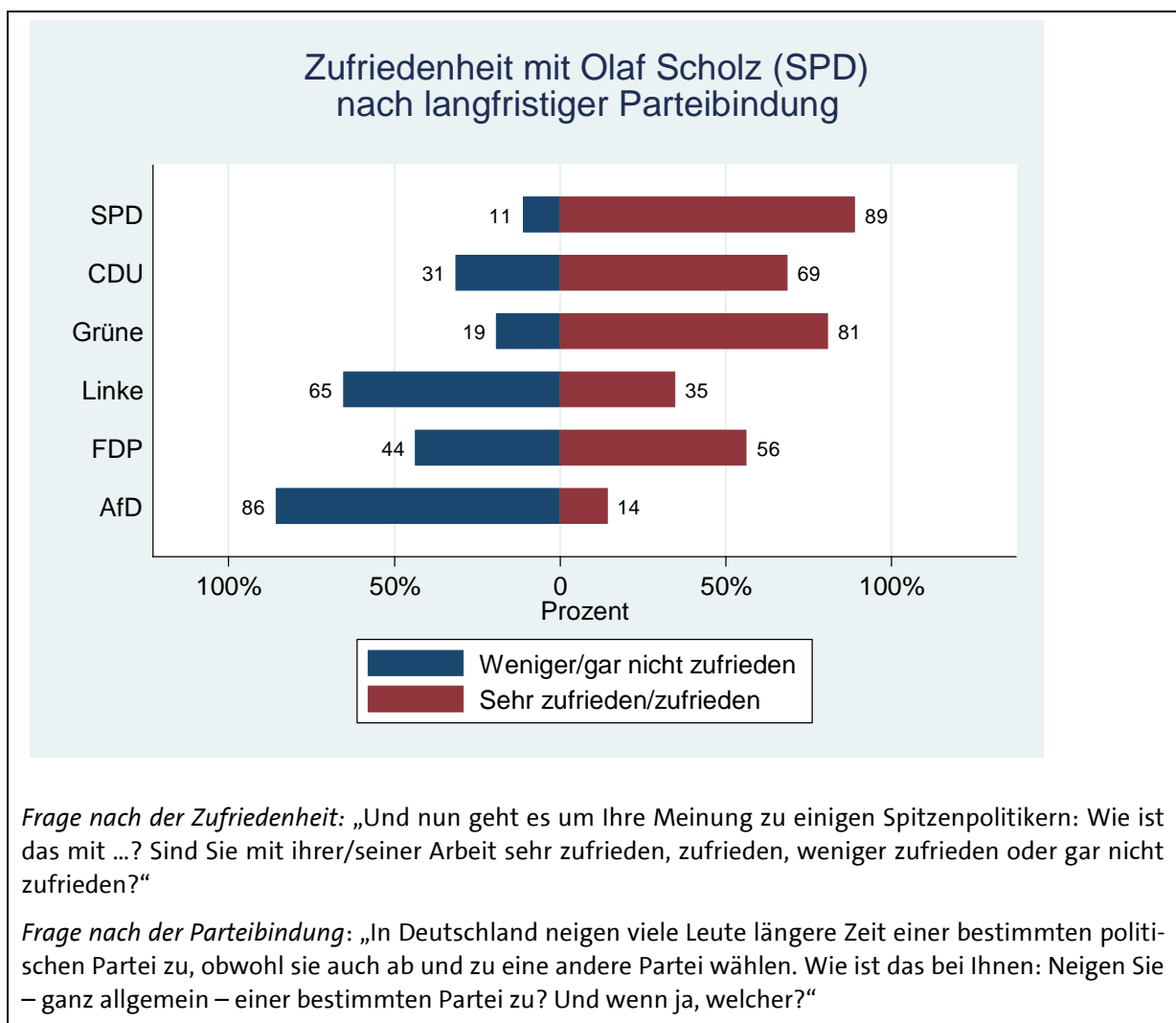
5.1 Zufriedenheit mit Olaf Scholz nach langfristiger Parteineigung

Die Zufriedenheit mit der politischen Arbeit von Olaf Scholz geht quer über die Parteien. Am meisten Zuspruch bekommt Scholz von den Anhängern seiner eigenen Partei. Neun von zehn

SPD-Anhängern sind mit seiner Arbeit zufrieden bis sehr zufrieden (vgl. Abbildung 3). Mit 81 % ist ferner die Zustimmung bei Anhängern des Koalitionspartners, der Grünen, hoch. Aber auch bei den bürgerlichen Parteien kann Olaf Scholz punkten. Knapp 70 % der CDU-Anhänger und 56 % der FDP-Anhänger sind mit der Arbeit von Olaf Scholz zufrieden bis sehr zufrieden. Demgegenüber überwiegt die Unzufriedenheit unter den Parteianhängern der Linken und der AfD. Knapp 65 % der Linken-Anhänger sind mit der politischen Arbeit von Olaf Scholz weniger bis gar nicht zufrieden. Unter den Befragten, die längerfristig der AfD zuneigen, sind es 86 %.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Hamburgs Erster Bürgermeister in der Nachkriegsgeschichte bisher ausschließlich aus den Reihen der SPD oder der CDU kam, ist der direkte Vergleich mit Oppositionsführer André Trepoll (CDU) interessant.

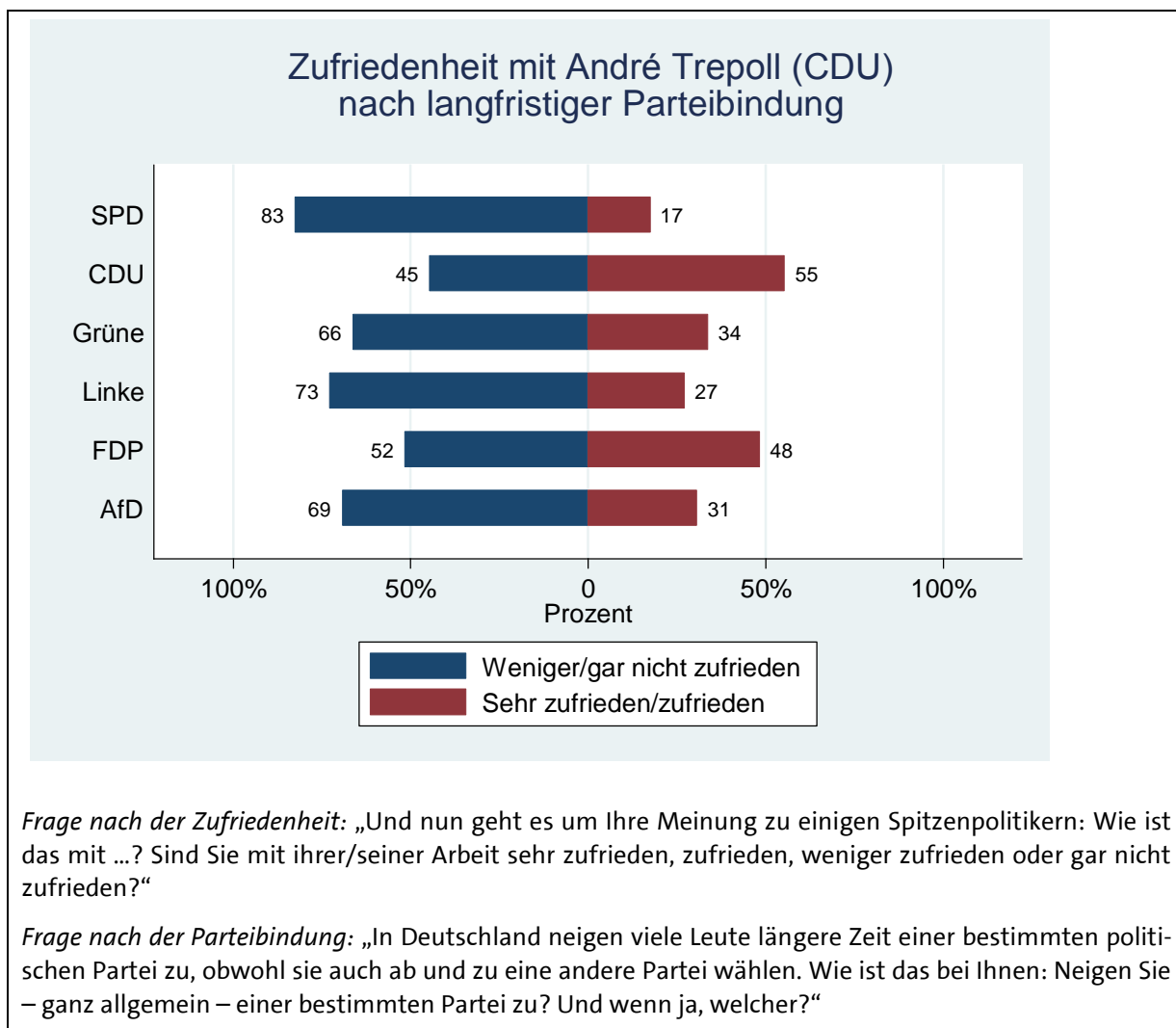
Abbildung 3 Zufriedenheit mit Olaf Scholz (SPD)



5.2 Zufriedenheit mit André Trepoll nach langfristiger Parteineigung

Während eine Mehrheit der Anhänger von SPD, CDU, Grünen und FDP mit der politischen Arbeit von Olaf Scholz zufrieden bis sehr zufrieden ist, findet sich nur unter den CDU-Anhängern eine Mehrheit (55 %), die mit der Arbeit von André Trepoll zufrieden bis sehr zufrieden ist (vgl. Abbildung 4). Zum Vergleich: knapp 70 % der CDU-Anhänger sind mit der politischen Arbeit von Olaf Scholz zufrieden bis sehr zufrieden. Scholz findet demnach unter CDU-Anhängern mehr Zuspruch als Trepoll. Unter den Anhängern aller anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien überwiegt die Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit Trepolls.

Abbildung 4 Zufriedenheit mit André Trepoll (CDU)



5.3 Eigenschaftsprofile der Hamburger Parteispitzen

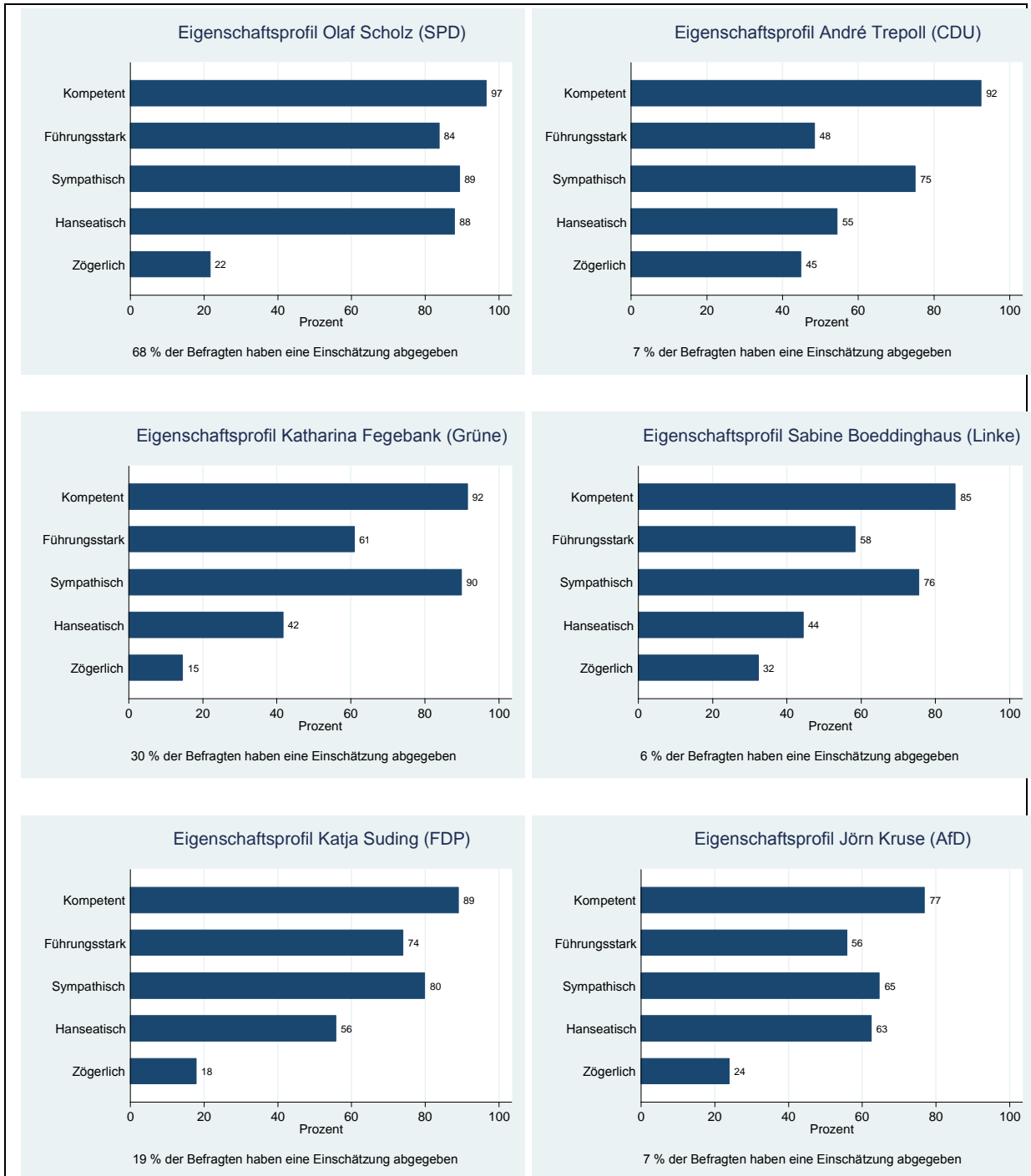
Wir haben die Hamburgerinnen und Hamburger auch danach befragt, welche Eigenschaften sie den Personen an den Spitzen der Bürgerschaftsparteien zuschreiben. Von den Befragten, die eine Eigenschaftseinschätzung für Olaf Scholz (SPD) abgegeben haben, sagen 97 %, dass er *kompetent* und 84 %, dass er *führungsstark* sei. Das sind Maximalwerte unter den Hamburger Parteispitzen (vgl. Abbildung 5). Auch bei der in Hamburg nicht zu unterschätzenden Eigenschaft *hanseatisch* zu sein, liegt Olaf Scholz mit 88 % weit vor allen anderen Führungspersonen der Parlamentsparteien.

André Trepoll (CDU) teilt sich mit Katharina Fegebank (Grüne) mit 92 % zwar den zweiten Platz in der Zuschreibung von *Kompetenz*, Trepoll hat aber den schlechtesten Wert bei *Führungsstärke* (48 %). Bei der Interpretation dieser Daten ist zu beachten, dass der Anteil der Befragten, die überhaupt Einschätzungen abgegeben haben, zwischen den einzelnen Politikern stark schwankt. So haben für Olaf Scholz etwa zwei Drittel der Befragten (68 %) die entsprechenden Wertungen abgegeben. Bei Katharina Fegebank war es knapp ein Drittel (30 %), bei Katja Suding ein Fünftel (19 %). André Trepoll und Jörn Kruse wurden dagegen nur von 7 % und Sabine Boeddinghaus nur von 6 % der Befragten beurteilt.

Von den Befragten, die eine Eigenschaftseinschätzung für André Trepoll abgegeben haben, sagen 45 %, dass er *zögerlich* sei. Keine andere Person, über die wir hier Informationen eingeholt haben, hat bei dieser Eigenschaft einen höheren Wert.

Die Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne) punktet bei den Befragten mit Sympathie. 90 % derjenigen, die eine Eigenschaftseinschätzung für sie abgegeben haben, finden sie *sympathisch*. Das ist der höchste Wert für alle Personen in diesem Teil unserer Untersuchung. Gleichzeitig wird Fegebank mit 15 % als am wenigsten *zögerlich* wahrgenommen.

Abbildung 5 Eigenschaftsprofile der Spitzenpolitiker der Bürgerschaftsparteien



Frage: „Welche Eigenschaften treffen Ihrer Meinung nach auf ... zu? Bitte nennen Sie mir alle, die zu-
treffen.“

6 Einstellungen zu Flüchtlingsunterkünften in der Hamburger Bevölkerung

Im Hamburg-BUS 2016 haben wir ein sogenanntes Listenexperiment (Droitcour et al. 1991; Mutz 2011) wiederholt, das bereits in der letzten Welle des Hamburg-BUS 2014 enthalten war. Dieses Verfahren wird genutzt, um den Einfluss sozialer Erwünschtheit auf das Antwortverhalten zu verringern. Das wird erreicht, indem die Befragten zufällig zwei Gruppen zugewiesen werden. Der ersten Gruppen der Befragten wird folgende Frage vorgelegt:

„Ich lese Ihnen drei Dinge vor, die einen manchmal ärgerlich oder wütend machen. Nachdem ich Ihnen alle drei vorgelesen habe, sagen Sie mir bitte einfach **wie viele** davon Sie wütend machen. Ich möchte nicht wissen welche, sondern nur **wie viele**.“

Beiden Gruppen wurden folgende 3 Antwortmöglichkeiten vorgelesen:

1. Eine Erhöhung der Benzinsteuern durch die Bundesregierung.
2. Millioneneinkünfte von Profifußballern.
3. Umweltverschmutzung durch Großkonzerne.

Bei der zweiten Gruppe von Befragten wird, neben den eben genannten drei Aussagen, eine vierte Aussage vorgelegt (dementsprechend ändert sich natürlich auch der einleitende Text):

4. Eine Flüchtlingsunterkunft in meiner Nachbarschaft.

Die Befragten beider Gruppen geben an, wie viele der genannten Dinge sie wütend machen. Da sich die beiden Gruppen nur um das vierte Statement unterscheiden, kann man aus der Differenz der Anzahl wütend machender Dinge zwischen der ersten und der zweiten Gruppe schließen, wie viele Menschen im Durchschnitt wütend auf die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in ihrer Nachbarschaft reagieren.

In der ersten Gruppe, die drei Aussagen bewerten sollte, sind die Befragten im Durchschnitt über 1,88 Dinge verärgert. In der zweiten Gruppe (vier Aussagen, also auch die Aussage über die Flüchtlingsunterkünfte in der Nachbarschaft), ärgern sich die Befragten über durchschnittlich 2,12 Dinge. Die Differenz von 0,24 ist statistisch hoch bedeutsam. Das Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, dass 24 % der befragten Hamburgerinnen und Hamburger Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nachbarschaft so stark ablehnen, dass sie über deren Einrichtung wütend werden. Unter den Befragten, die bei der Sonntagsfrage angeben, für die AfD zu stimmen, werden 78 % über eine Flüchtlingsunterkunft in der Nachbarschaft wütend. Im Ver-

gleich dazu werden von den Wählern aller anderen Bürgerschaftsparteien nur 20 % wütend, wenn sich eine Flüchtlingsunterkunft in der Nachbarschaft befindet.

In der letzten Welle des Hamburg-BUS lag der Anteil an Personen, die über eine Unterkunft wütend waren bei 20 %. Da die Differenz zwischen dem Wert von 2014 und dem aktuellen Wert innerhalb des Fehlerintervalls liegt, können wir allerdings nicht mit Sicherheit sagen, dass der Anteil derjenigen, die Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nachbarschaft ablehnen, gestiegen ist.

7 Nationalistische und rechtsextreme Einstellungen in der Wählerschaft der AfD im Vergleich zu anderen Parteien

Um noch mehr über die Wählerschaft der AfD zu erfahren, haben wir die Befragten gebeten eine Reihe von Fragen zu beantworten, mit denen nationalistische und rechtsextreme Einstellungen identifiziert werden können. In Tabelle 6 fassen wir die Antworten der Befragten in zwei Gruppen zusammen. Eine Gruppe sind die Wählerinnen und Wähler der AfD, die andere Gruppe ist die Wählerschaft der anderen Bürgerschaftsparteien. Die Prozentwerte entsprechen den Anteilen der Personen aus der jeweiligen Gruppe der Befragten, die den vorgelesenen Aussagen zugestimmt haben.

Die erste Aussage: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ wurde von 36 % der Wählerinnen und Wähler der AfD und von 9 % der Wählerschaft anderer Parteien bejaht. Insgesamt waren 10 % der Befragten mit dieser Aussage einverstanden. Die Wählerinnen und Wähler der AfD stimmen, deutlich häufiger als andere Gruppen der Befragten auch der Aussage zu, die wir zur Messung antisemitischer Tendenzen nutzen: „Auch heute ist der Einfluss von Juden groß“. Diese Ansicht wird von 59 % der Bürgerinnen und Bürger, die für die AfD abstimmen wollen geteilt, während 16 % der Wählerinnen und Wähler anderer Bürgerschaftsparteien mit dieser Aussage einverstanden sind. Auch bezüglich des Wunsches nach einem starken Führer („Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“) und der Bewertung des Nationalsozialismus („Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“) unterscheiden sich die Unterstützerinnen und Unterstützer der AfD deutlich von den Befürwortern der anderen Parteien. 36 % der AfD-Wählerinnen und Wähler sind der Meinung, dass wir einen solchen Führer

haben sollten (7 % bei den anderen Parteien) und 40 % der AfD-Wählerschaft finden, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten hatte (6 % bei den anderen Parteien).

Bei den zwei letzten Fragen fallen die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen weniger deutlich aus. Von den Wählern und Wählerinnen der AfD stimmen 22% der Aussage zu „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“, von der Wählerschaft der anderen Bürgerschaftsparteien sind es 14 %. Ein Viertel der AfD-Wählerschaft (25 %) denken: „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht es aber nicht heran“. Diese Meinung wird von 10 % der Wählerschaft der anderen Bürgerschaftsparteien geteilt.

Tabelle 6 Vergleich der Zustimmung der Wählerinnen und Wähler der AfD und der anderen Parteien zu unterschiedlichen Aussagen

Aussage	AfD (%)	Andere (%)	Insgesamt (%)
„Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“	36	9	10
„Auch heute ist der Einfluss von Juden groß.“	59	16	17
„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“	36	7	8
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	40	6	7
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	22	14	14
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht es aber nicht heran.“	25	10	11

Alles in allem kann festgestellt werden, dass die Wählerschaft der AfD tendenziell häufiger Aussagen zustimmt, mit denen rechtsextreme Einstellungen identifiziert werden. Sie neigt häufiger als die Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien zu antisemitischen Ansichten. Zugleich äußern die Befürworter der AfD häufiger den Wunsch nach einer starken Führungsfigur und neigen zu einer positiveren Bewertung der NS-Diktatur.

8 Einstellungen zur Rolle der Parteien im politischen Prozess

Insbesondere das Aufkommen der AfD wirft die Frage auf, wie die Bürgerinnen und Bürgern eigentlich zur Rolle der Parteien im politischen Prozess stehen und wie sie einschätzen, was die Parteien im und für den politischen Prozess tun. Daher haben wir die Zustimmung zu einer Reihe von Aussagen abgefragt, die unterschiedliche Aspekte des Wirkens der Parteien abbilden.

Tabelle 7 Parteien wollen nur Wählerstimmen

Wahlabsicht 2016								
Trifft...zu	CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz	14%	12%	8%	23%	18%	39%	69%	15%
eher	31%	18%	12%	26%	27%	38%	19%	21%
teils/teils	23%	34%	37%	30%	39%	12%	7%	31%
eher nicht	26%	24%	33%	18%	13%	12%	5%	24%
überhaupt nicht	6%	12%	10%	4%	3%	0%	0%	9%

Frage: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“

Unsere erste Aussage lautete: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“. Insgesamt stimmten rund ein Drittel der Befragten (36 %) dieser Aussage voll und ganz oder eher zu, ein weiteres Drittel war sich nicht so sicher (31 %) und antwortete, dass die Aussage teils richtig wäre, teils nicht (vgl. Tabelle 7). Das letzte Drittel (33 %) stimmt eher nicht oder überhaupt nicht zu.

Die Wählerschaften der Parteien unterschieden sich deutlich in ihrer Einschätzung dieser Frage. Am positivsten sind die Wähler der Grünen eingestellt, die nur zu 20 % der Aussage zustimmen, sie aber zu 43 % ablehnen. Die Wählerschaft der SPD befindet sich nahe am eben berichteten Durchschnitt für alle Wählerinnen und Wähler. In der Wählerschaft von CDU und FDP gibt es deutlich mehr Personen, die unzufrieden mit den Parteien sind. Bei beiden Parteien stimmt mit 45 % fast die Hälfte der Aussage zu, dass Parteien nur auf Wählerstimmen aus seien. Bei der Ablehnung der Aussage unterscheiden sich die beiden Parteien wieder stärker. Ein Drittel (32 %) der CDU-Wähler stimmt der Aussage nicht oder überhaupt nicht zu, bei der

FDP sind das nur 16 %. Etwas größer als bei CDU und FDP ist die Unzufriedenheit bei den Wählern der Linkspartei (49 %), deutlich größer ist die Frustration bei den Wählerinnen und Wählern der AfD. Fast neun von zehn Wählern der AfD (87 %) stimmen der Aussage zu, dass Parteien nur auf Stimmen aus seien.

Tabelle 8 Parteipolitiker vertrauenswürdig

Wahlabsicht 2016								
Trifft...zu	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz	6%	12%	3%	3%	0%	5%	0%	6%
eher	25%	22%	35%	17%	16%	8%	2%	24%
teils/teils	42%	41%	38%	32%	48%	21%	14%	39%
eher nicht	19%	18%	23%	32%	29%	31%	14%	22%
überhaupt nicht	7%	7%	2%	17%	8%	35%	69%	9%

Frage: „Die meisten Parteipolitiker sind vertrauenswürdige und ehrliche Menschen.“

Die zweite Frage macht eine positive Aussage über die Parteien. Sie lautet: „Die meisten Parteipolitiker sind vertrauenswürdige und ehrliche Menschen.“ Wiederum stimmt ca. ein Drittel der Befragten dieser Aussage zu (30 %), ein Drittel stimmt nicht zu (31 %), das letzte Drittel ist der Meinung, dass die Aussage teilweise zutrifft und teilweise nicht (vgl. Tabelle 8). Bei den Wählern der Grünen sind 38 % der Ansicht, dass diese Aussage eher oder voll und ganz zutrifft. Hier stimmen 38 % der Aussage zu und nur ein Viertel der Befragten lehnt die Aussage ab. Dem folgen die Wählerinnen und Wähler von CDU und SPD mit 34 und 31 % Zustimmung und jeweils einem Viertel (25 und 26 %) Ablehnung. Größere Unzufriedenheit finden wir wiederum bei Linkspartei, der FDP und vor allem der AfD. Bei der Linkspartei stimmt ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler (20 %) der positiven Aussage über Parteipolitiker zu, eine Hälfte (49 %) lehnt sie ab. Bei der FDP stimmen nur noch 16 % der Wählerschaft der Aussage zu, die Hälfte ist der Meinung, dass sie teils zutrifft und teils nicht und ein gutes Drittel (37 %) lehnt die Aussage ab. Schließlich ist bei der AfD nur rund jeder zehnte Wähler (12 %) der Meinung, dass Parteipolitiker vertrauenswürdig seien. Dagegen lehnen zwei Drittel (66 %) die Aussage ab. Auch hier zeigt sich also ein besonders großes Misstrauen gegenüber „der Politik“ in der Wählerschaft der AfD.

Tabelle 9 Ohne Berufspolitiker wären wir schlechter regiert

Wahlabsicht 2016								
Trifft...zu	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz	28%	26%	36%	14%	25%	28%	4%	27%
eher	38%	36%	34%	37%	17%	5%	7%	34%
teils/teils	10%	16%	13%	11%	8%	21%	16%	12%
eher nicht	20%	14%	11%	29%	31%	25%	19%	19%
überhaupt nicht	5%	8%	6%	10%	18%	21%	55%	8%

Frage: „Ohne Berufspolitiker in den Parteien würde unser Land schlechter regiert werden.“

In engem Zusammenhang mit der vorgenannten Frage steht die Aussage: „Ohne Berufspolitiker in den Parteien würde unser Land schlechter regiert werden.“ Hier sollen die Befragten einschätzen, ob sie den professionalisierten Politikbetrieb eher für sinnvoll oder eher für schlecht halten. Insgesamt stimmen knapp zwei Drittel (61 %) der Befragten dieser Aussage zu, sind also der Meinung, dass wir Berufspolitiker brauchen, 12 % sind unentschieden, ein gutes Viertel der Befragten (27 %) lehnt die Aussage ab (vgl. Tabelle 9). Die Wählerschaft von Grünen, SPD und CDU unterscheidet sich in der Beantwortung der Frage nicht stark voneinander. In allen drei Parteien sind etwa zwei Drittel der Meinung, dass wir ohne Berufspolitiker schlechter regiert würden (70 % bei den Grünen, 66 % bei der SPD und 62 % bei der CDU). Kritischere Haltungen haben wiederum die Wählerinnen und Wähler von Linkspartei, FDP und AfD. Bei der Linkspartei stimmt zwar etwas mehr als die Hälfte der Wählerschaft (51 %) der Aussage zu, 39 % lehnen die Aussage aber auch ab, sind also der Meinung, dass das Land ohne Berufspolitiker besser regiert werden würde. Bei der FDP kehren sich die Verhältnisse nahezu um: 42 % der Wählerschaft stimmen der Aussage zu, fast die Hälfte (49 %) ist der Meinung, dass es ohne Berufspolitiker besser ginge. Schließlich glaubt bei der AfD nur ein Drittel der Wählerschaft (33 %), dass Berufspolitiker zur Qualität der Regierungsarbeit beitragen, ein Fünftel (20 %) ist unentschieden, knapp die Hälfte (46 %) lehnt die Aussage ab. Zumindest bei der negativen Haltung gegenüber Berufspolitikern überflügelt damit die Wählerschaft der FDP hier knapp die Wählerschaft der AfD. Der Unterschied zwischen beiden Parteien ist statistisch allerdings nicht bedeutsam.

Tabelle 10 Ohne Beziehungen zu einer Partei kann man nichts erreichen

Wahlabsicht 2016								
Trifft...zu	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz	11%	16%	4%	9%	17%	25%	27%	12%
eher	18%	30%	20%	22%	26%	29%	15%	21%
teils/teils	21%	17%	23%	12%	19%	20%	4%	19%
eher nicht	34%	27%	37%	43%	21%	12%	22%	32%
überhaupt nicht	17%	10%	16%	13%	17%	14%	31%	16%

Frage: „Ohne gute Beziehungen zu den Parteien kann der Bürger heute überhaupt nichts mehr erreichen.“

Eine weitere Aussage lautet, dass die Bürger ohne gute Beziehungen zu den Parteien heute überhaupt nichts mehr erreichen können. Bei den linken Parteien Linkspartei, Grüne und SPD lehnen jeweils mehr als die Hälfte der Befragten diese Aussage ab (56, 53 und 51 %, vgl. Tabelle 10). Sie sind also der Meinung, dass man auch ohne Verbindung zu Parteien in politisch etwas erreichen kann. Bei CDU und FDP stimmt dagegen knapp die Hälfte der Befragten der Aussage zu (46 und 43 %), ist also der Meinung, dass man ohne Verbindungen zu Parteien als Bürger nichts erreichen kann. Jeweils ein gutes Drittel lehnt die Aussage ab (CDU 37 %, FDP 38 %). In der Wählerschaft der AfD ist mehr als die Hälfte (54 %) der Meinung, dass man ohne Beziehungen zu einer Partei nichts erreichen kann, ein Viertel (26 %) lehnt die Aussage ab. Vor dem Hintergrund dieser Einstellung erscheint es als plausibel, sich in einer (neuen) Partei zu engagieren, da damit wahrscheinlich auch die Erwartung verbunden wird, politisch wieder mehr Einfluss ausüben zu können.

Tabelle 11 Parteien geht es um die Macht

Wahlabsicht 2016								
Trifft...zu	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz	17%	18%	13%	21%	37%	63%	63%	21%
eher	25%	35%	24%	33%	21%	21%	30%	27%
teils/teils	33%	21%	32%	31%	26%	17%	4%	29%
eher nicht	19%	24%	25%	13%	14%	0%	2%	19%
überhaupt nicht	5%	2%	6%	2%	2%	0%	0%	4%

Frage: „Den Parteien geht es nur um die Macht.“

„Den Parteien geht es nur um die Macht.“ Mehr als die Hälfte aller Befragten (56 %) glauben, dass das so ist, stimmen dieser Aussage also zu, knapp ein Viertel (23 %) lehnt diese Aussage ab (vgl. Tabelle 11). Wieder unterscheiden sich die Parteien deutlich. Bei CDU, Linkspartei und FDP ist es mehr als die Hälfte der Wählerschaft, die dieser Aussage zustimmen (CDU 53 %, Linke 54 %, FDP 58 %), dagegen lehnen ein Viertel der Wählerschaft der CDU (26 %) sowie ein Sechstel bei FDP und Linken (16 und 15 %) diese Aussage ab. Besser werden die Absichten der Parteien von den Wählern der SPD und der Grünen eingeschätzt. 42 % der Wählerinnen und Wähler der SPD und „nur“ 37 % bei den Grünen stimmen der Aussage zu, haben also ein negatives Bild von den Parteien, 24 und 31 % lehnen die Aussage ab. Den Gegenpol bildet die AfD, deren Wählerinnen und Wähler der Aussage zu 84 % voll und ganz oder eher zustimmen, 17 % sagen das wäre zumindest zum Teil so. Kein Wähler der AfD lehnt diese Aussage ab. Hier erkennt man erneut klar eine starke Frustration der Wählerschaft der AfD mit den bestehenden Parteien.

Tabelle 12 Parteien haben zu viel Einfluss

Wahlabsicht 2016								
Trifft...zu	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz	6%	4%	5%	16%	13%	26%	10%	8%
eher	24%	30%	17%	13%	19%	24%	19%	23%
teils/teils	22%	19%	17%	26%	23%	17%	25%	21%
eher nicht	37%	38%	46%	28%	30%	28%	23%	38%
überhaupt nicht	11%	9%	16%	8%	15%	6%	22%	11%

Frage: „Die Parteien üben in der Gesellschaft zu viel Einfluss aus.“

Auf die Frage, ob die Parteien in der Gesellschaft zu viel Einfluss ausüben hat etwa ein Drittel der Befragten (31 %) geantwortet, dass sie das so sehen (volle Zustimmung oder eher Zustimmung zu dieser Aussage, vgl. Tabelle 12). Knapp die Hälfte (49 %) stimmt der Aussage nicht oder überhaupt nicht zu, findet also offenbar den vorhandenen Einfluss der Parteien akzeptabel. Bei den Grünen sind nur 22 % der Wählerinnen und Wähler der Meinung, dass Parteien zu viel Einfluss hätten, 62 % lehnen diese Aussage ab. Nahezu gleicher Meinung sind bei dieser Frage die Wählerschaften von SPD und Linkspartei. 30 % bei der SPD und 29 % bei der Linken stimmen der Aussage zu, knapp die Hälfte lehnt dagegen bei beiden Parteien die Aussage ab, dass Parteien zu viel Einfluss hätten (SPD 48 %. Linke 46 %). Die Wählerinnen und Wähler von CDU und FDP liegen hier ebenfalls nahe beieinander und sind etwas kritischer als die Wähler der vorher genannten Parteien. 34 % der Unionswähler und 32 % bei der FDP halten die Parteien für zu einflussreich, 47 % (Union) und 45 % (FDP) lehnen die Aussage ab, halten den Einfluss der Parteien also für akzeptabel. Deutlich kritischer ist wiederum die Wählerschaft der AfD, in der 50 % der Aussage zustimmen, die Parteien also für zu einflussreich halten, während nur etwa ein Drittel (34 %) der Meinung ist, dass der Einfluss der Parteien akzeptabel sei.

Tabelle 13 Parteien betrachten Staat als Selbstbedienungsladen

Wahlabsicht 2016								
Trifft...zu	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz	7%	8%	3%	14%	16%	44%	10%	9%
eher	11%	19%	7%	15%	16%	27%	18%	13%
teils/teils	28%	33%	18%	24%	25%	17%	27%	26%
eher nicht	36%	23%	49%	34%	20%	12%	19%	33%
überhaupt nicht	18%	17%	23%	13%	23%	0%	27%	18%

Frage: „Die Parteien betrachten den Staat als Selbstbedienungsladen.“

Schließlich haben wir gefragt, was die Bürgerinnen und Bürger über die Aussage denken „Die Parteien betrachten den Staat als Selbstbedienungsladen.“ Insgesamt lehnen 22 % der Befragten diese Aussage ab, die Hälfte (51 %) stimmt ihr zu (vgl. Tabelle 13). Bei den Grünen stimmen nur 10 % der Wählerschaft dieser Aussage zu, 72 % sind der Meinung, dass es nicht zutrifft, dass die Parteien den Staat als Selbstbedienungsladen betrachten. Etwas schlechter ist das Image der Parteien bei den Wählerinnen und Wählern der SPD, 18 % dieser Befragten stimmen der Aussage zu, mehr als die Hälfte lehnt (54 %) sie ab. Die Wählerinnen und Wähler der CDU stimmen der Aussage zu 27 % zu und lehnen sie zu 40 % ab. Bei der Linken finden wir 29 % Zustimmung und 47 % Ablehnung, bei der FDP sind das 32 und 43 %. Hier ist also eine steigende Tendenz der Unzufriedenheit mit den Parteien zu verzeichnen. Diese Unzufriedenheit findet ein letztes Mal ihren Höhepunkt bei der Wählerschaft der AfD, die zu 71 % der Meinung ist, dass die Parteien den Staat als Selbstbedienungsladen betrachten. Lediglich jeder zehnte AfD-Wähler (12 %) lehnt diese Aussage ab, sieht das also nicht so.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die AfD-Wähler spürbar frustriert darüber sind, wie „die Parteien“ arbeiten. Das verwundert nicht, denn es gäbe wenig Grund, die AfD zu wählen, wenn man mit den bestehenden Angeboten zufrieden wäre. Ebenfalls sehr unzufrieden mit den Parteien sind in Hamburg die Wählerinnen und Wähler der FDP. Das andere Ende des Spektrums wird von der Wählerschaft der Grünen eingenommen. Auch hier gibt es Unzufriedenheit, im Vergleich zu allen anderen Parteien ist diese Unzufriedenheit in der Summe aber am geringsten. Ähnlich, nur etwas weniger stark ausgeprägt, verhält es sich bei der SPD. Die

Wählerinnen von CDU und die Linkspartei schätzen die Verhältnisse manchmal etwas positiver und manchmal etwas negativer ein, allerdings auf jeweils unterschiedlichen Punkten. In der Summe der Einschätzungen kann man sagen, dass die Wählerinnen und Wähler von CDU und Linkspartei in Hamburg negativer über die Rolle der Parteien denken als die Wählerschaft von SPD und Grünen, aber positiver als die Wählerinnen und Wähler der FDP und erst recht der AfD.

9 Ansichten der Befragten über eigene Handlungspotentiale im politischen Prozess

In diesem Abschnitt schauen wir auf Fragen, mit denen ermittelt werden soll, welche Rolle sich die Bürgerinnen und Bürger selbst im politischen Prozess zutrauen, welche Rolle sie anderen Mitbürgern zutrauen und wie sie die Rollenwahrnehmung der Politiker sehen. Dabei interessieren uns neben der Gesamtverteilung vor allem auch die Unterschiede zwischen den Wählern verschiedener Parteien.

In der ersten Frage geht es darum, wie gut man in Deutschland leben kann: „Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.“ Wählerinnen und Wähler von CDU, SPD, Grünen, FDP und die Linke stimmen dieser Aussage zu fast 100 % voll oder eher zu (vgl. Tabelle 14): Bei den Linkswählern stimmt allerdings nur etwa die Hälfte der Aussage voll zu (80 % und mehr bei den drei anderen Parteien), die andere Hälfte stimmt der Aussage nur „eher“ zu. 14% der AfD-Wählerschaft stimmen dieser Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zu.

Tabelle 14 Gut Leben in Deutschland

Wahlabsicht 2016								
Ich stimme ...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	80%	80%	83%	49%	76%	45%	43%	76%
eher zu	19%	19%	17%	51%	22%	41%	49%	23%
eher nicht zu	1%	2%	0%	0%	0%	7%	9%	1%
überhaupt nicht zu	0%	0%	0%	0%	2%	7%	0%	0%

Frage: „Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.“

Der Aussage „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken“ stimmen etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52 %) voll oder eher zu, etwas weniger als die Hälfte (48 %) stimmen der Aussage eher oder überhaupt nicht zu (vgl. Tabelle 15).

Während die Wählerschaften von CDU, SPD und FDP diesem Bild weitgehend entsprechen, unterscheiden sich die Antworten der Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien deutlicher. Wer Grün wählt, ist offenbar mit den Politikern im Durchschnitt zufriedener als die anderen Wählergruppen, denn hier stimmen nur 41 % der Prozent der negativen Aussage voll oder eher zu, während 58 % dieser Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Umgekehrt verhält es sich bei der Linkspartei und der AfD. Wählerinnen und Wähler der Linkspartei stimmen der negativen Aussage über Politiker zu 68 % voll oder eher zu, bei der AfD sind es sogar 80%. Bei beiden Parteien ist die Unzufriedenheit mit „der Politik“ offensichtlich sehr hoch. Hier wiederholen sich Muster, die wir auch schon in Kapitel 8 beobachten konnten.

Tabelle 15 **Politiker kümmern sich nicht**

Wahlabsicht 2016								
Ich stimme...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	14%	16%	8%	34%	23%	59%	41%	18%
eher zu	37%	33%	33%	34%	23%	21%	25%	34%
eher nicht zu	42%	45%	47%	27%	48%	12%	34%	41%
überhaupt nicht zu	7%	5%	11%	6%	6%	8%	0%	7%

Frage: „ Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.“

Fragt man umgekehrt danach, ob die Politiker sich im Allgemeinen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, verschiebt sich das Bild etwas. 59 % aller Befragten stimmen dieser Aussage voll oder eher zu (vgl. Tabelle 16), sind also der Meinung, dass die Interessen der Bevölkerung durch die Politiker vertreten werden. Dagegen stimmen 41 % der Aussage nicht oder überhaupt nicht zu, haben also Zweifel daran, dass Politiker als Interessenvertreter der Bürger und Bürger handeln. Bei den Antworten auf diese Frage ähneln sich die Wählerinnen und Wähler von CDU und SPD erneut stark. Sie stimmen der Aussage zu 64 und 62 % zu. Noch größer ist die Zustimmung bei der Wählerschaft der Grünen mit 72 %. Wesentlich unzufriedener mit der Interessenvertretung durch die Politiker sind die Wählerschaften von FDP, Linkspartei und AfD. Bei der Linkspartei stimmen 59 % der Wählerschaft der Aussage, dass Politiker die Interessen der Bevölkerung vertreten nicht oder überhaupt nicht zu,

bei der FDP sind das 69 % und bei der AfD sogar 85 %. Etwa zwei Drittel der befragten Wählerinnen und Wähler von FDP und Linkspartei und mehr als vier Fünftel der AfD-Wählerschaft sind also unzufrieden oder sogar sehr unzufrieden mit der Interessenvertretung durch die Politiker. Hervorzuheben ist, dass die häufigste Nennung bei der AfD-Wählerschaft die starke Ablehnung der Aussage ist. Hier ist also die Unzufriedenheit besonders groß.

Tabelle 16 Politiker bemüht, Interessen der Bevölkerung zu vertreten

Wahlabsicht 2016								
Ich stimme...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	10%	9%	4%	1%	6%	5%	3%	8%
eher zu	52%	55%	68%	40%	25%	11%	25%	51%
eher nicht zu	32%	25%	21%	44%	54%	37%	44%	31%
überhaupt nicht zu	6%	10%	7%	15%	15%	48%	28%	10%

Frage: „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“

In den folgenden Tabellen berichten wir über Fragen, mit denen das Vertrauen in die eigene Politikkenntnis sowie das Vertrauen in die Politikkenntnis anderer Bürgerinnen und Bürger erhoben wird.

Fragt man zunächst nach einer Einschätzung des eigenen politischen Wissens (Aussage: „Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik.“, vgl. Tabelle 17), so ist festzustellen, dass vier Fünftel aller Befragten Vertrauen in das eigene politische Wissen haben, denn sie stimmen dieser Aussage nicht oder überhaupt nicht zu. Am meisten überzeugt von den eigenen Politikkenntnissen sind die Wählerinnen und Wähler der AfD, hier stimmen 89 % der Aussage „ich weiß eher wenig über Politik“ nicht oder überhaupt nicht zu. Groß sind die Unterschiede zu den anderen Parteien jedoch nicht. Die Wählerschaft der Grünen vertraut den eigenen Kenntnissen zu 83 %, dem folgen SPD (78 %), FDP (77 %), Die Linke (75 %) und CDU (74 %).

Tabelle 17 Im Allgemeinen weiß ich wenig über Politik

Wahlabsicht 2016								
Ich stimme...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	3%	3%	2%	6%	7%	0%	2%	3%
eher zu	19%	23%	16%	19%	15%	11%	19%	19%
eher nicht zu	44%	37%	48%	33%	28%	57%	22%	42%
überhaupt nicht zu	34%	37%	35%	42%	49%	32%	57%	37%

Frage: „Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik.“

Dem großen Vertrauen in das eigene Politikverständnis steht ein relativ großes Misstrauen in das Politikverständnis der anderen Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Insgesamt 58 % der Befragten sind der Meinung, dass andere Bürgerinnen und Bürger wenig von Politik verstehen (vgl. Tabelle 18). Sie stimmen der Aussage: „Die Durchschnittsbürger verstehen nur wenig von Politik.“ voll oder eher zu. Das größte Misstrauen gegenüber den Politikkenntnissen der Mitmenschen haben die Wählerinnen von CDU und AfD, die der Aussage zu 73 bzw. 70 % voll oder eher zustimmen. Dem folgen die FDP-Wähler mit 62 und die SPD-Wähler mit 54 %. Das meiste Vertrauen haben die Wählerinnen und Wähler von Grünen und Linkspartei. Bei beiden Wählerschaften stimmt etwas mehr als die Hälfte der Befragten der Aussage zu, immerhin knapp die Hälfte stimmt der Aussage eher oder überhaupt nicht zu. Sie sind also offenbar der Meinung, dass „der Durchschnittsbürger“ ein gewisses Verständnis von Politik hat.

Tabelle 18 Durchschnittsbürger verstehen wenig von Politik

Wahlabsicht 2016								
Ich stimme...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	16%	19%	2%	11%	31%	27%	7%	15%
eher zu	38%	54%	50%	44%	31%	43%	37%	43%
eher nicht zu	40%	26%	37%	31%	29%	25%	47%	35%
überhaupt nicht zu	6%	1%	11%	14%	8%	5%	9%	7%

Frage: „Die Durchschnittsbürger verstehen nur wenig von Politik.“

Deutlich weniger Selbstvertrauen als beim eigenen politischen Verständnis weisen die Befragten auf, wenn man wissen möchte ob sie sich zutrauen, selbst politisch aktiv zu werden. Nur

etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52 %) stimmen der Aussage „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ voll und ganz oder eher zu (vgl. Tabelle 19). Auch bei dieser Frage unterscheiden sich die Befragten nach den Parteien, die sie wählen. Das meiste Vertrauen in die eigene Politikfähigkeit haben die Wählerinnen und Wähler der AfD, denn hier stimmen zwei Drittel (64 %) der Aussage voll und ganz oder eher zu. Etwas geringer ist dieses Selbstvertrauen bei den Grünen (59 %), der Linkspartei (57 %) und der FDP (54 %). Das geringste Vertrauen in die eigene Fähigkeit, Politik zu gestalten, haben die Wählerschaften von SPD (48 %) und CDU (46 %).

Tabelle 19 Traue mir zu, politisch aktiv zu werden

Wahlabsicht 2016								
Ich stimme...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	20%	16%	15%	31%	12%	38%	20%	20%
eher zu	28%	30%	44%	26%	42%	26%	28%	32%
eher nicht zu	28%	30%	26%	23%	9%	17%	50%	27%
überhaupt nicht zu	24%	25%	16%	20%	36%	19%	2%	22%

Frage: „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“

Schauen wir als letztes auf die Zustimmung zur Frage „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen“. Insgesamt stimmen 93 % aller Befragten dieser Aussage voll oder eher zu (vgl. Tabelle 19). Die Unterschiede bei den Wählerschaften der Parteien sind eher gering. Nach „oben“ ragen die Wählerinnen und Wähler der FDP heraus, bei denen nur 2 % der Aussage nicht zustimmen. Dementsprechend haben 98 % der Personen aus dieser Gruppe die Wahlnorm verinnerlicht. Den deutlichsten Zweifel an der Pflicht zu wählen hat die Wählerschaft der Linkspartei. Hier stimmen nur 81 % der Aussage zu, dementsprechend sind 19 % der Personen dieser Gruppe nicht oder gar nicht überzeugt, dass es zu den Bürgerpflichten in der Demokratie gehört, wählen zu gehen. Die Zustimmung zur „Bürgerpflicht zur Wahlbeteiligung“ in den Wählerschaften der anderen Parteien verteilt sich wie folgt: SPD 95 %, Grün 94 %, CDU 93 %, AfD 90 %

Tabelle 20 Pflicht eines Bürgers, sich an Wahlen zu beteiligen

Wahlabsicht 2016								
Ich stimme...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere	Total
voll und ganz zu	85%	79%	85%	60%	94%	78%	51%	82%
eher zu	10%	14%	9%	21%	4%	12%	15%	11%
eher nicht zu	2%	6%	6%	4%	2%	6%	11%	4%
überhaupt nicht zu	2%	1%	0%	15%	0%	5%	22%	3%

Frage: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen.“

10 Soziodemografische Variablen

Tabelle 21 Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Migrationshintergrund

Merkmal	Prozent
Geschlecht	
Männlich	43,1
Weiblich	56,8
Andere	0,1
Alter	
16-24 Jahre	11,9
25-34 Jahre	10,5
35-44 Jahre	12,5
45-54 Jahre	21,0
55-64 Jahre	15,1
65 Jahre und älter	29,1
Höchster Schulabschluss	
Schule ohne Abschluss beendet	0,8
Hauptschulabschluss	12,3
Realschulabschluss	27,9
(Fach-)Hochschulreife	59,0
Haushaltsnettoeinkommen	
Bis unter 1000 €	0,8
1000 bis unter 2000 €	10,6
2000 bis unter 3000 €	20,8
3000 bis unter 4000 €	22,3
4000 bis unter 5000 €	17,8
5000 bis unter 7500 €	21,3
7500 € und mehr	6,4
Migrationshintergrund	
Ohne	80,0
Mit	20,0

11 Literatur

- Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (2012): ADM-Forschungsprojekt „Dual-Frame-Ansätze“. Forschungsbericht, <https://www.adm-ev.de/forschungsprojekte> (Zugriff 08.11.2016)
- Colman, A. M. (2003): „Bandwagon Effect.“ In: A Dictionary of Psychology. Oxford: Oxford University Press, 77.
- Droitcour, J., R. A. Caspar, M. L. Hubbard, T. L. Parsely, W. Visscher und T. M. Ezzati (1991): „The Item Count Technique as a Method of Indirect Questioning: A Review of its Development and a Case Study Application.“ In: Biemer, P. P., R. M. Groves, L. E. Lyberg, N. A. Mathiowetz, und S. Sudman (Hg.). Measurement Errors in Surveys. New York: Wiley, 185–210.
- Häder, S. und S. Gabler (1998): „Ein neues Stichprobendesign für telefonische Umfragen in Deutschland.“ In: S. Gabler, S. Häder, S. und J. H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hg.), Telefonstichproben in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 69–88.
- Hüfken, V. (2014): „Telefonische Befragungen.“ In: N. Baur und J. Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 631–641.
- Mutz, D. C. (2011): Population-Based Survey Experiments. Princeton: Princeton University Press.
- Tourangeau, R. und T. Yan (2007): „Sensitive Questions in Surveys.“ Psychological Bulletin 133: 859–883.